Algerien

(Zusammengestellt von Isabelle Werenfels)

I. Grunddaten

Religiöses Profil der Bevölkerung: Ca. 99 % Muslime, davon ist die überwältigende Mehrheit sunnitisch; genaue Zahlen zur ibaditischen und schiitischen Minderheit sind nicht bekannt. Nach Schätzungen gibt es bis zu 100.000 evangelikale (algerische) Christen (es wird von einer wachsenden Zahl gesprochen); die jüdische Bevölkerung umfasst maximal mehrere Hundert Personen.

Stellenwert der Religion im Staat: Gemäß Art. 2 der derzeit geltenden (und 1996 und 2007 modifizierten) Verfassung von 1989 ist der Islam die Religion des Staates. Art. 9 schreibt überdies den staatlichen Institutionen vor, Praktiken zu verbieten, die der islamischen Moral widersprechen.

Staatliche religiöse Infrastruktur: Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten ist zuständig für die inhaltliche und personelle Kontrolle des religiösen Sektors, für die religiöse Infrastruktur (Moscheen) sowie für die Beaufsichtigung privater religiöser Bildungstätten; ein Hoher Islamischer Rat (Verfassungsorgan, direkt dem Präsidenten unterstellt) ist konsultatives Organ mit Referenzfunktion in religiösen Fragen und bezüglich des interreligiösen Dialogs.

Religiöse Hochschule/Bildungseinrichtungen: Es gibt vier Hochschulen mit einer islamischen Fakultät: Universität Algier, Universität Batna, Universität Constantine und Universität Oran.

Religiöse Vereinigungen: Association des Oulémas Musulmans Algériens.

Vereinigungen mit religiöser Prägung: Union Nationale des Zaouïas Algériennes (UNZA); Observatoire National des Zaouïas et du Patrimoine (ONZP); Association al-Irshad wal-islam (Vereinigung Orientierung und Reform), sie steht der Partei (→) MSP nah; Union Générale

des Etudiants Libres (UGEL; Generalunion der freien Studenten, ebenfalls MSP-nah).

Parteien mit religiöser Prägung: Legalisierte Parteien sind (→) Adala (Jabhat al-adala wal-tanmiya/Front für Gerechtigkeit und Entwicklung); (→) MSP (Mouvement de la Société de la Paix/Bewegung der Gesellschaft des Friedens); FC (Front du Changement/Jabhat al-taghiir al-jaza'iriya/Algerische Front für Wandel); Ennahda (Harakat al-nahda al-islamiya/Bewegung der islamischen Erneuerung); Al-Islah (Harakat al-islam al-watani/Bewegung nationaler Reform); PLJ (Parti de la Liberté et la Justice/Hizb al-hurriya wal-adala/Partei Freiheit und Gerechtigkeit/); FAN (Front de l'Algérie Nouvelle/Jabhat al-jaza'ir al-jadid/Front des neuen Algerien). Seit 1992 verboten ist der (→) FIS (Front Islamique du Salut/al-Jabha al-islamiya lil-inqadh/Islamische Heilsfront).

II. Islamistisch orientierte Organisationen

MSP

Mouvement de la Société de la Paix/Harakat mujtama` al-silm/Bewegung der Gesellschaft des Friedens.

Gründung der Partei, Status, Repräsentanz im Parlament: Die Partei wurde 1990 gegründet und 1991 legalisiert; sie nimmt seither regelmäßig an Wahlen teil; sie ist in allen 48 Provinzen präsent und unterhält Regionalbüros. Zu den Legislativwahlen am 10.5.2012 schloss sich der MSP mit zwei kleinen islamistischen Parteien (Ennahda und Al-Islah) in der Grünen Allianz zusammen, die 50 Parlamentssitze von 462 gewann.

Mitgliederzahl: Nicht bekannt.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Politisches Büro (Parteiexekutive): 18 Mitglieder, davon zwei Frauen; Majlis al-shura (Schura-Rat): 200 Mitglieder, davon 45 Frauen; Parteipräsident: Aboujerra Soltani, Vizepräsidenten: Abderrazak Makri; Mohamed Magharia.

Programmpunkte:

- Innenpolitik: Der MSP tritt für ein parlamentarisches, ziviles (d. h. ein System, in dem das Militär sich nicht in die Politik einmischt) und republikanisches System, die Unabhängigkeit der Justiz und Mechanismen guter Regierungsführung ein. Generelle Forderungen sind: Stärkung des Rechtsstaats; Korruptionsbekämpfung.
- Wirtschafts-/Sozialpolitik: Der MSP stellt Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung eines islamischen Bankenwesens in den Mittelpunkt. Er plädiert für die Unterstützung junger Unternehmer, die Förderung der Landwirtschaft und Industrie, die Schaffung eines Fonds für junge Arbeitslose und die Diversifizierung der Wirtschaft, um die Abhängigkeit vom Kohlenwasserstoffsektor zu reduzieren.
- Außenpolitik: Die Partei fordert außenpolitische Abkommen, die auf gegenseitigen Interessen basieren, eine Anpassung an internationale Normen und Standards im monetären und Finanzbereich und die materielle und politische Unterstützung der palästinensischen Sache.
- Gesellschaftspolitik: Wichtige Ziele des MSP sind die Förderung des moralischen Verhaltens, der Familie und ihrer Integrität, die Verteidigung der Würde der Frau und ihrer aktiven Rolle in der Gesellschaft, die Förderung eines modernen Bildungssystems, des Individuums und seiner Talente sowie karitativer Netzwerke und des Solidaritätsgedankens.

Veränderungen in diesen Grundpositionen sind seit 2011 nicht festzustellen. Die Partei hat einen gewaltfreien Diskurs.

Aktivitäten seit 2011: Im Januar 2012 erklärte der MSP aus wahl-taktischen Gründen seinen Austritt aus der Regierung der „Präsidentiellen Allianz“ (Koalitionsregierung aus dem national-konservativen FLN, dessen Ehrenpräsident Staatspräsident Bouteflika ist, der reformorientierten Partei RND, einer Abspaltung des FLN, und dem MSP). Seither betont der MSP seine islamische Dimension stärker. Vor den Wahlen vom Mai 2012 schloss er sich mit zwei islamistischen Partei-neugründungen zur Grünen Allianz zusammen. Der MSP unternahm keine Aktivitäten (z. B. Demonstrationen), die einen direkten Bezug zu den politischen Umbrüchen in Tunesien, Ägypten und Libyen seit Anfang 2011 hatten. Seit den Wahlen vom Mai 2012 ist der MSP nicht mehr an der Regierung beteiligt.

Kooperationspartner: Politische Partner sind seit 2012 die kleinen islamistischen Parteien Al-Islah und Ennahda.

Politische Gegner: Da der MSP bis Januar 2012 mit einem Fuß im Regierungslager, mit dem anderen im Oppositionslager stand, lassen sich politische Gegner nur schwer identifizieren. Klarer Gegner ist allerdings die radikal säkulare Partei Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD; Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie) sowie die Nationale Koordinierung für Wandel und Demokratie (Coordination Nationale pour le Changement et la Démocratie), die 2011 regelmäßig zu Demonstrationen gegen das Regime aufrief und in der Menschenrechtsgruppen sowie linke und säkulare Akteure aktiv sind. Darüber hinaus ist die islamistische Partei Adala ein Konkurrent um die Vorherrschaft unter den islamistischen Parteien.

Webauftritt: <http://www.hmsalgeria.net>

Publikationen: Die Partei hat zur Zeit keine regelmäßigen Veröffentlichungen, keine eigenen Zeitungen oder Zeitschriften.

Adala (Eigenschreibweise auch: Adalah)

Jabhat al-adala wal-tanmiya/Front für Gerechtigkeit und Entwicklung

Gründung der Partei, Status, Repräsentanz im Parlament: Die Partei wurde im Februar 2012 legalisiert; sie ist in allen 48 Provinzen und in 1.542 Kommunen präsent. Sie nahm an den Legislativwahlen vom 10.5.2012 teil und gewann sieben Sitze von 462.

Mitgliederzahl: Nicht bekannt.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Nationales Büro (Parteiexekutive): 15 Mitglieder, davon zwei Frauen; Majlis al-shura (Schura-Rat): 192 Mitglieder, davon 18 % Frauen; Parteipräsident: Abdallah Djaballah.

Programmpunkte: Das Programm Adalas ist stark religiös geprägt und weist auch ausgeprägt nationale Bezüge auf (exemplarisch dafür steht die Forderung im Wahlprogramm 2012 nach „Vereinheitlichung der religiösen Quellen zur Wahrung der nationalen Einheit und Ehre“).

- Innenpolitik: Ziel ist ein parlamentarisches, ziviles System, in dem das Gleichgewicht zwischen Exekutive, Legislative und Justiz sowie die Unabhängigkeit der Justiz (insbesondere des Verfassungsgerichts) respektiert wird. Ein sozialdemokratisches System, das Gerechtigkeit für die Opfer der Gewalt der 1990er Jahre ohne Diskriminierung umsetzt, wird propagiert. Die Quellen der Scharia sollen berücksichtigt und alle Vorschriften abgelehnt werden, die diese verfälschen.
- Außenpolitik: Hauptbezug Adalas ist „das Interesse der algerischen Nation“. Die Partei misst der algerischen Souveränität, d. h. Nicht-einmischung des Auslandes in innere Angelegenheiten, einen hohen Stellenwert zu; sie pocht auf die Einhaltung der Grundsätze der internationalen Rechtsprechung und internationaler Abkommen; sie fordert ein hohes Engagement Algeriens zur Sicherstellung von Frieden und internationaler Sicherheit sowie eine gerechtere internationale Wirtschaftsordnung.
- Gesellschaftspolitisch konzentriert sich die Partei auf Erziehungsfragen und die Jugendpolitik sowie abstützende Maßnahmen für die Schwächsten der Gesellschaft und den Ausbau von Koranschulen. Grundsätzlich angestrebt wird die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen zur Islamisierung der Gesellschaft.

An diesen Grundpositionen hat sich seit 2011 nichts verändert. Allenfalls wird etwas dezidiierter als zuvor die Forderung formuliert, ehemalige Politiker des seit 1992 verbotenen islamistischen (→) FIS in den politischen Prozess zu integrieren. Wie alle legalen algerischen Islamisten lehnt Adala Gewalt zum Erreichen politischer Ziel klar ab.

Aktivitäten seit 2011: Nach der Ankündigung politischer Reformen durch Präsident Bouteflika im April 2011 gründete Abdallah Djaballah die Partei und stellte einen Antrag auf Legalisierung. Vor den Wahlen vom Mai 2012 gab sich Adala siegesgewiss. Nach den Wahlen äußerte die Parteiführung den Vorwurf der massiven Wahlverfälschung. Parteipräsident Djaballah unterstützte seit Beginn des „Arabischen Frühlings“ explizit diese Entwicklung und versuchte 2011 und 2012 zwischen dem libyschen Nationalen Übergangsrat und der algerischen Führung zu vermitteln.

Kooperationspartner: Adala kooperiert mit keiner Partei, ließ aber vor den Legislativwahlen offen, ob sie sich nach den Wahlen mit anderen islamistischen Parteien zusammenschließt bzw. ob sie bereit

wäre, sich an einer Regierung, die auch aus nicht-islamistischen Parteien besteht, beteiligen würde.

Politische Gegner: Als politische Gegner werden die nationalistischen Regimeparteien FLN und RND sowie die beiden islamistischen Parteien Al-Islah und Ennahda angesehen. Aus Al-Islah und Ennahda trat Djaballah, der Präsident von Adala, wegen parteiinterner Unstimmigkeiten aus bzw. er musste sie verlassen. Hauptkontrahent ist die islamistische Partei MSP, die 2012 in den Wahlen weit erfolgreicher war, wengleich auch MSP Stimmenverluste hinnehmen musste.

Webauftritt: <http://www.eladala.net>

FIS

Front Islamique du Salut/Islamische Heilsfront/al-Jabha al-islamiya lil-inqadh

Gründung der Partei, Status: Der FIS wurde im Februar 1989 gegründet und im September 1989 legalisiert. Nach dem sich abzeichnenden Wahlsieg des FIS bei den Legislativwahlen 1991/92 wurde die Wahl durch Eingreifen des Militärs, unterstützt von säkular orientierten Kräften (darunter Gewerkschafter), im Januar 1992 abgebrochen und im Februar 1992 die Partei verboten. Ehemalige Führungspersönlichkeiten leben in Algerien und im westlichen und arabischen Exil.

Mitgliederzahl: Unbekannt

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Die Organisation verfügt über keine klaren Strukturen mehr. Gemäß Webseite ist der Vorsitzende nach wie vor Abassi Madani und sein Stellvertreter (→) Ali Belhadj. Die Organisation trägt allerdings Flügelkämpfe aus. In Algerien bildete sich ein moderaterer Flügel um Abdelkader Boukhemkhem und Kamel Guemmazi und ein salafistischer Flügel um Ali Belhaj heraus.

Programmpunkte: Die Partei verfügt seit ihrem Verbot 1992 nicht mehr über ein offizielles Partei-Programm. Aufgrund der parteiinternen Differenzen ist unklar, wo sie heute steht. Einige ehemalige Füh-

rungsfiguren haben Präsident Bouteflikas Versöhnungsinitiativen seit 1999 unterstützt, andere haben sie dezidiert abgelehnt. Auf der Basis von Communiqués und den der Allgemeinheit zugänglichen Seiten auf der FIS-Webseite und anderen Aktivitäten im Internet wird deutlich, dass der radikale Flügel der Partei um Ali Belhadj den Sturz des bestehenden Regimes verfolgt. Während moderatere ehemalige Führungsfiguren (Abdelkader Boukhemkhem, Rabah Kebir, Kamel Guemmazi) sich für ein demokratisches pluralistisches System aussprechen, fordert der salafistische Flügel um Belhadj dezidiert einen islamischen Staat (Kalifat). Alle Flügel des FIS fordern eine stärkere bzw. exklusive Bezugnahme auf die Scharia. Gemeinsam ist den ehemaligen FIS-Kadern auch, dass sie für ihr Recht kämpfen, am politischen Prozess zu partizipieren.

Aktivitäten seit 2011: Die ehemaligen FIS-Kader brachten deutlich ihre Unterstützung der Aufstände in Nordafrika und dem Nahen Osten zum Ausdruck. Seit 2011 kam es vermehrt zu öffentlichen Auftritten von Ali Belhadj. Der FIS rief zum Boykott der Legislativwahlen vom Mai 2012 auf und lehnt den 2011 eingeleiteten Reformprozess von Präsident Bouteflika ab. Im Herbst 2011 wurde die FIS-Webseite in Betrieb genommen und es gab Versuche via Internet (Facebook, Twitter, Youtube), die algerische Bevölkerung zu Aufständen anzustacheln.

Kooperationspartner: Keine.

Politische Gegner: Als Gegner werden im Prinzip alle Parteien wahrgenommen, die sich am politischen Prozess betätigen.

Webauftritt: <http://www.fisdz.com>; <http://www.rachad.org>.

Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM)

Al-Qaida au Maghreb Islamique/Tanzim al-Qa'ida fi bilad al-maghrab al-islami)

Gründung der Vereinigung, Status: Entstanden 2006 durch Umbenennung der bewaffneten algerischen Gruppe GSPC (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat) in Al-Qaida im Islamischen Maghreb. Die GSPC hatte sich 1998 von den 1993 gegründeten GIA

(Groupes Islamiques Armés) aus Protest über deren Massaker an Zivilisten abgespalten. Bis 2003 konzentrierte sich die GSPC vornehmlich auf algerische Ziele und staatliche oder staatsnahe Akteure, danach war sie zunehmend auch für Entführungen von Algeriern und Ausländern zwecks Finanzierung ihrer Aktivitäten verantwortlich. Nach der Affiliation mit Al-Qaida 2006 nahm die Internationalisierung der GSPC, die Ausweitung ihrer Aktivitäten in die südlichen Nachbarstaaten (Mali, Mauretanien, Niger, Tschad) und die Zusammenarbeit mit Akteuren organisierter Kriminalität (Drogen- und Waffenschmugglern) im Sahel zu.

Mitgliederzahl: Unbekannt; Schätzungen variieren von mehreren Hundert bis zu Tausend.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten (2012): Anführer ist der Algerier Abdelmalek Droukdal. Das Führungsgremium bildet ein Schura-Rat. AQIM ist in einzelne Kampfgruppen organisiert. Vor allem die AQIM-Gruppen von Mokhtar Belmokhtar und Abou Zeid in Südalgerien und im Sahel scheinen relativ autonom zu agieren.

Programmpunkte/Ziel: Vertreibung der Franzosen und US-Amerikaner aus der Region; Sturz des algerischen Regimes, gegebenenfalls Sturz der Regime in den Nachbarländern; Errichtung eines islamischen Staates bzw. islamischer Staaten, in denen die Scharia einzige Rechtsquelle ist.

Aktivitäten seit 2011: Grundsätzlich haben sich die Aktivitäten und die Sichtbarkeit der AQIM seit 2011 erheblich verstärkt: Es gab mehrere Videobotschaften Droukdals zur Unterstützung der Aufstände gegen die nordafrikanischen Regime. Größere Anschläge der AQIM erfolgten auf die Offiziersakademie in Chershell (August 2011) sowie einer AQIM-Abspaltung auf einen Posten der Gendarmerie in Tamanrasset (März 2012). Darüber hinaus gab es kleinere Anschläge sowie zahlreiche Entführungen von Algeriern und Ausländern, vor allem in der Kabylei und deren Nachbarregionen sowie in Mali und Niger. Mehrere AQIM-Führer haben sich in Timbuktu im Mai 2012 nach Übernahme Nordmalis durch die malische islamistische Gruppe Ansar Eddine und Tuareg-Rebellen öffentlich gezeigt.

Kooperationspartner: Al-Qaida-Kernorganisation (in Pakistan), allerdings eher Vorbild als realer Kooperationspartner; Ansar Eddine in

Nord-Mali; Tuareg-Rebellen in Nord-Mali; Splitterorganisationen der AQIM, wie die Gruppe Einheit und Jihad in West-Afrika; Boko Haram in Nigeria; Akteure internationaler organisierter Kriminalität im Sahel (mit Netzwerken nach Lateinamerika und anderen Weltregionen).
 Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Keine eigene(n) Webseite(n) mehr. Verbreitung von Propaganda über Internetforen. Die Medienstelle der AQIM nennt sich al-Andalus; sie verteilt Materialien im Internet.

Publikationen: Keine regelmäßigen eigenen Publikationen der AQIM. Zur Information über AQIM vgl. Filiu, Jean-Pierre: Al-Qaeda in the Islamic Maghreb: Algerian challenge or global threat?, Carnegie Endowment Middle East Policy Paper 104, Washington D.C. 2009; Guidère, Mathieu: Al-Qaïda à la conquête du Maghreb, Monaco 2007; Mokeddem, Mohamed: Al Qaïda au Maghreb islamique. Contrebande au nom de l'islam, Algier: Casbah Editions 2010; Steinberg, Guido/Werenfels, Isabelle: Al-Qaida im Maghreb. Trittbrettfahrer oder neue Bedrohung?, SWP-Aktuell A11, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2007.

III. Persönlichkeiten, die Einfluss auf den religiösen Diskurs nehmen

Ali Belhadj

Kurzbiographie: Geboren 1956 in Tunesien; arbeitete in den 1970er Jahren als Arabischlehrer und begann mit islamistischen Aktivitäten im Umfeld von Mustafa Bouyali, der in den frühen 1980er Jahren die erste bewaffnete islamistische Gruppe Algeriens anführte. 1989 Mitgründer des (→) FIS. Belhadj, der als charismatischer Prediger insbesondere bei jungen Algeriern Kultstatus erreichte, wird die Nummer Zwei der Partei und führt ihren radikalen Flügel an. Er wurde 1991 verhaftet und erst 2003 und unter der Bedingung, dass er allen politischen Aktivitäten entsagt, aus dem Gefängnis entlassen. 2005–2006 kam Belhadj wieder in Haft, weil er die Entführung und Ermordung zweier algerischer Diplomaten durch irakische Aufständische gerechtfertigt hatte. Seither kam es mehrfach zu Verhaftungen wegen seiner politischen Aktivitäten.

Positionen: Da Belhadj seit 1991 nicht mehr frei predigen kann und im Internet nur Bruchstücke seiner „Weltsicht“ auftauchen, können seine Positionen nur rudimentär wiedergegeben werden und allfällige Entwicklungen nicht aufgezeigt werden. Grundsätzlich scheint nach wie vor zu gelten, dass Belhadj ein Kalifat anstrebt, die Scharia zur einzigen Grundlage der Gesetzgebung machen will, Demokratie als westliche Erfindung verurteilt, gleichzeitig aber bereit scheint, zumindest in einer Übergangsphase, einen demokratischen politischen Prozess und ein pluralistisches System zu akzeptieren. Er steht westlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen generell negativ gegenüber und vertritt ein ausgesprochen konservatives Frauenbild (er fordert u.a. konsequente Geschlechtersegregation in Schulen und spricht sich gegen weibliche Berufstätigkeit aus).

Belhadj beruft sich auf ein relativ breites Spektrum von muslimischen Denkern, das von Ibn Taimyia bis zu Said Qutb reicht. Belhadj verfasste selbst keine wichtigen Publikationen; islamische und islamistische Kritiker werfen ihm einen Mangel an religiöser Bildung vor und halten ihn nicht für einen ernsthaften religiösen Gelehrten. Seine radikalen, salafistischen Positionen verschaffen ihm jedoch bis heute bei Jüngeren Popularität.

Aktivitäten seit 2011: Belhadj nahm an zahlreichen Protestdemonstrationen teil, im Februar 2011 demonstrierte er auch zusammen mit radikal säkularen Kräften in Algier; er sprach sich Ende 2011 und Anfang 2012 öffentlich gegen das neue Parteiengesetz aus; er demonstrierte vor der syrischen Botschaft gegen das Assad-Regime und rief im Frühjahr 2012 zum Wahlboykott bei der Parlamentswahl (Mai 2012) auf. Seit Anfang 2011 kam es immer wieder zu kurzzeitigen Verhaftungen von Belhadj.

(Politische) Affinitäten: Keine Affinitäten mit legalen Akteuren. Beziehungen zu militanten Gruppen: Es ist keine klare Abgrenzung von militanten Gruppen erkennbar, aber auch keine offene Unterstützung militanter algerischer Gruppen; allerdings unterstützte er in seinem Diskurs militante Gruppen im Ausland (wie z. B. im Irak). Belhadjs Sohn starb 2011 im algerischen bewaffneten Untergrund, dem er 2006 beigetreten war. Er soll eine Führungsposition bei (→) Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) innegehabt haben. Rolle von Gewalt im Diskurs: Belhadj ruft nicht direkt zu Gewalt auf,

distanziert sich aber auch nicht klar davon. Er setzte sich dafür ein, dass Abdelkader Merah, der in Frankreich im März 2012 aus politischen Gründen sieben Personen ermordete, in Algerien begraben werden darf, verurteilte seine Tat aber nicht.

Webauftritt: <http://www.facebook.com/pages/Cheikh-Ali-Ben-Hadj-اح-ن-ب-ي-ل-ع-خ-ي-ش-ل-ا/257996867593728> (letzter Abruf: 28.8.2012).

El-Hachemi Sahnouni

Kurzbiographie: Sahnouni ist 1958 in Algier geboren und seit seinem siebten Lebensjahr blind. Nach einem Universitätsabschluss in Jura begann er Ende der 1970er Jahre im Stadtteil Algier-Belcourt zu predigen und wurde Imam der Moschee Salaheddine al-Ayoubi, die Kabulmoschee genannt wird, weil dort ehemalige Afghanistankämpfer ein- und ausgehen. Sahnouni gilt als Begründer der verbotenen Bewegung Hijra wal-takfir in Algerien. Er gehört zu den Mitbegründern der FIS-Partei und zu deren salafistischem und politisch radikalem Flügel. Noch vor 1991 zerstritt er sich mit Teilen der FIS-Partei-führung. Während der bewaffneten Auseinandersetzungen nach dem Wahlabbruch 1992 zwischen militanten Islamisten und Sicherheitsorganen, die schließlich in einen Bürgerkrieg mündeten, wahrte er ein niedriges Profil. Ab Mitte der 1990er Jahre gehörte Sahnouni zu den Ex-Führern der FIS-Partei, die wiederholt in Verhandlungen mit der Regierung eintraten, um die bewaffneten Kämpfe beizulegen.

Positionen: Sahnouni stellte im Juni 2011 zehn, zum Teil recht widersprüchliche Forderungen auf, um aus der „algerischen Krise“ herauszufinden. Demnach soll die Scharia Grundlage der gesamten Gesetzgebung sein; die Regierenden sollen auf die Bürger und ihre Forderungen eingehen, um gewaltsamen Protesten wie in anderen arabischen Staaten vorzubeugen; er plädiert für ein starkes präsidentielles System, das dem Präsidenten erlaubt, in aller Freiheit zu regieren; er fordert das Heraushalten der Armee aus politischen Angelegenheiten; die Verfassung soll den Schutz der Staatsbeamten, der Journalisten und der Imame verankern; die Gleichheit zwischen Mann und Frau, die Garantie individueller und kollektiver Freiheiten, das Prinzip des Machtwechsels, Korruptionsbekämpfung und die „historische Versöhnung“, die eine Amnestie auch für Jihadisten beinhaltet, soll umgesetzt werden.

Seine gesellschaftspolitische Agenda ist eine salafistische, d.h. eine ausgesprochen konservative Agenda mit Ziel der Islamisierung der Gesellschaft auf der Basis der Scharia. 2011 initiierte er zum Beispiel eine Kampagne gegen Geschäfte und Etablissements, die Alkohol verkaufen, und Alkoholkonsum auf der Straße. Wenig tolerant ist er gegenüber anderen Auslegungen des Islam (keine Toleranz etwa gegenüber mystischen Strömungen des Islam/Sufismus). Zu außenpolitischen Themen äußerte er sich nicht öffentlich.

Aktivitäten seit 2011: Sahnouni ist seit dem Arabischen Frühling weit präsenter in der Öffentlichkeit und den Medien als vor 2011: Im Sommer 2011 startete er eine Initiative für eine Generalamnestie und lancierte einen Zehn-Punkte-Plan zur Beendigung der politischen Krise in Algerien. Im Herbst 2011 Mitinitiator einer Kampagne gegen den Alkoholverkauf und Konsum in der Öffentlichkeit. Im Frühjahr 2012 sagte er im Wahlkampf einer moderaten islamistischen Partei die Unterstützung der FIS-Basis zu (eine Handlung, die von nahezu allen Ex-FIS-Führern scharf kritisiert wurde) und sprach sich damit indirekt gegen Wahlboykott aus.

(Politische) Affinitäten: Affinitäten bestehen zur islamistischen Partei Front du Changement Algérie von Abdelmadjid Menasra (seit Mai 2012 mit vier Sitzen im Parlament vertreten), weil die Partei nach Sahnounis Ansicht gegenüber ehemaligen Führungsfiguren der FIS-Partei sehr offen ist. Darüber hinaus bestehen klare Affinitäten zum salafistischen Spektrum. Hauptkooperationspartner ist der salafistische Ex-Fis-Kader Abdelfatah Ziraoui Hamadache, Führer der (nicht legalisierten) Vereinigung Renaissance des Enfants des Mosquées d'Alger (Wiedererwachen der Kinder der Moschee von Algier), über die allerdings kaum Informationen vorliegen.

(Politische) Gegner: Säkulare Akteure und Teile der ehemaligen Ex-FIS-Führung.

Beziehungen zu militanten Gruppen: In der Hochphase des FIS Anfang der 1990er und zu Beginn des bewaffneten Widerstands ehemaliger FIS-Anhänger grenzte er sich nicht klar gegenüber Gewaltakten und Gewaltakteuren ab. Später trat er als Vermittler zwischen Militanten und Militär bzw. Regierung auf; zuletzt versuchte er 2011 eine Amnestie für Jihadisten auszuhandeln. Derzeit ist keine Verbindung

zu Al-Qaida im Islamischen Maghreb oder anderen bewaffneten Gruppen bekannt.

Rolle von Gewalt im Diskurs: Sahnouni erklärte 2011 und 2012, dass er für politischen Wandel mit friedlichen Mitteln steht. Sein Aufruf zur Anti-Alkohol-Kampagne kam in einer Phase gewaltsamer Übergriffe gegen Geschäfte/Lokale, die Alkohol verkauften; ob die Zunahme der Gewalt gegen Verkaufsstellen von Alkohol im direkten Kontext mit Aktivitäten und Aufrufen von Sahnouni steht, ist unklar. Seit 2011 spricht er sich für einen friedlichen politischen Wandel aus. Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Sahnouni äußert sich vor allem gegenüber arabophonen Zeitungen wie Echouruq, er hat keine eigene Webseite.

Mohammed Ali Ferkous

Kurzbiographie: Ferkous ist 1954 in Algier geboren. Er absolvierte ein Studium an der rechts- und verwaltungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Algier (da es zu dem Zeitpunkt noch keine islamische Fakultät gab), später führte er seine Studien an der islamischen Universität von Medina in Saudi-Arabien fort. 1982 kehrte er nach Algerien zurück und wurde Verantwortlicher für die Studienprogramme an der neu gegründeten Islamischen Fakultät der Universität Algier. Später begann er seine Promotion an der Universität Mohammed V. in Rabat und schloss sie in Algier ab. Seither ist er Professor an der Islamischen Fakultät der Universität Algier in Caroubier. Er predigt in einer Moschee in Algier-Kouba und erteilt dort auch Koranunterricht.

Positionen: Ferkous orientiert sich in seiner religiösen Ausrichtung primär am saudischen Wahhabismus und an saudischen religiösen Gelehrten (wie Abd al-Aziz Ibn Baz). Das Einwirken auf die Gesellschaft ist sein Hauptbetätigungsfeld. Es geht ihm um die Verbreitung des Islam und um die Islamisierung der Gesellschaft. Seine religiösen Gutachten (Fatwas) beschäftigen sich mit Fragen wie der rituellen Reinigung; dem Fasten auf Reisen; den algerischen festlichen Traditionen; Bankkrediten zum Kaufen von Wohnungen; der Notwendigkeit oder Pflicht auch nach islamischem Recht Steuern zu bezahlen; der Annahme der Staatsbürgerschaft einer „ungläubigen Nation“ usw. Ferkous äußert sich nur selten zu innenpolitischen Angelegen-

heiten; so z. B. lehnte er öffentlich die Entscheidung des algerischen Innenministeriums ab, für biometrische Passfotos keine Bärte und Gesichtsschleier zu dulden. Außenpolitische Ereignisse greift Ferkous ebenfalls nicht auf.

Aktivitäten seit 2011: Ferkous erließ im Zuge des Arabischen Frühling eine Fatwa, die besagt, dass bei Demonstrationen zu Tode gekommene Personen keine Märtyrer sind.

(Politische) Affinitäten: Keine deklarierten Affinitäten.

Gegner: Politische Salafisten; Salafisten-Jihadisten; alle Antiregime-aktivisten; säkulare oder religiös-liberale politische Akteure.

Beziehungen zu militanten Gruppen: Er grenzt sich dezidiert von gewaltbereiten Gruppen ab.

Rolle von Gewalt im Diskurs: Ferkous predigt gegen Gewalt.
Webauftritt: <http://www.ferkous.com>.

Publikationen: Keine einzelne hervorstechende Publikation, aber insgesamt rund 50 Publikationen, darunter mehrere Monographien sowie Artikel in staatlichen Publikationen wie der Zeitschrift des Religionsministeriums.